

Rot-weiss-blau

Bayern-Info



Extra

Das Streichkonzert der Staatsregierung



CSU: Politik auf Sparflamme

Am 06. November 2003 kündigte Stoiber in seiner Regierungserklärung einen rigorosen Sparkurs an. Stoiber will bis 2008 15% im Landeshaushalt kürzen, davon allein 10% im Jahr 2004.

Diese Haushaltskürzungen Stoibers und ihre Auswirkungen auf die Menschen ist zur Zeit bestimmendes Thema der bayerischen Landespolitik. Auch für die Jusos Bayern war die Auseinandersetzung mit Stoibers Plänen ein Arbeitsschwerpunkt der letzten Monate.

Bereits bei der außerordentlichen Landeskonzferenz im Dezember 2003 haben sich die Jusos Bayern mit den Plänen Stoibers beschäftigt. Doch seit Dezember 2003 hat sich einiges getan. In diesem Rotweißblau-extra dokumentieren wir den Beschluss der außerordentlichen Landeskonzferenz, die Pläne Stoibers und die Auswirkungen der Kürzungen.

André Pöhler

Inhalt:

Kurswechsel in der Steuerpolitik	3
Die Entwicklung seit Jahresbeginn	5
Daten Nachtragshaushalt 2004	6
DIW – Gutachten zu den Sparplänen	9
Stoibers sinnloses Sparen	15
Mogelpackung Hochschuletat	17

Impressum

Herausgeber: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Landesbezirk Bayern

Redaktionsanschrift: Jusos Bayern, Oberanger 38/III, 80331 München, Telefon 089/231711-37, Fax 089/231711-39, E-Mail: buero@jusos-bayern.de

Verantwortlich i.S.d.P.: André Pöhler

Redaktion: André Pöhler, Markus Grill

Druck: Druckerei des SPD-Landesverbandes

Auflage: 800 Exemplare

Dem Staat fehlt auf allen Ebenen das Geld, um dringend erforderliche Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft tätigen zu können. Die staatlichen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen wurden von 1992 bis 2001 um 16 Prozent zurückgeschraubt. Die Investitionstätigkeit der Kommunen, die das Gros der Leistungen in diesem Bereich erbringen, ist in den letzten 10 Jahren geradezu weggebrochen. In Westdeutschland ist ein Rückgang von 23,9 Mrd. EUR im Jahr 1992 auf nur noch 17,5 Mrd. EUR im Jahr 2002 zu verzeichnen. In Ostdeutschland hat sich im gleichen Zeitraum der Betrag von 9,6 Mrd. EUR auf 4,8 Mrd. EUR sogar halbiert.

Dies hat zum einen zur Folge, dass vielerorts die öffentliche Infrastruktur einen beklagenswerten Zustand erreicht hat. Löcher in Schuldächern, Schlaglöcher auf Kreisstraßen sind für die Bürgerinnen und Bürger die sichtbarsten Zeichen dieser Entwicklung. Die lahrende Investitionstätigkeit der öffentlichen Hände und insbesondere der Kommunen bedeutet jedoch auch, dass eine wichtige Chance, aus der derzeitigen Wirtschaftskrise durch staatliche Impulsgebung herauszuwachsen, schlicht vertan wird.

III. Stoibers Vorschläge im Einzelnen (unvollständige Auswahl)

- Hart treffen werden die Kürzungsmaßnahmen insbes. die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Für Beamte werden Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt, die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst sollen auf 42 Stunden pro Woche erhöht werden.
- Auch die Qualität und Quantität öffentlicher Leistungen wird von Stoiber in Frage gestellt. Der Freistaat wird sich aus staatlichen Beratungsangeboten (z.B. Ernährungsberatung) zurückziehen, die Landesplanung, Voraussetzung für eine Konflikte minimierende und insbes. auch strukturpolitisch und ökologisch verantwortungsvolle Landesentwicklung, soll reduziert werden, die Regionalen Planungsverbände werden komplett aufgelöst. Behörden, sollen zusammengefasst oder ganz abgeschafft werden. Ohnehin schon chronisch überlasteten Verwaltungszweigen wird eine weitere „Straffung“ der Organisation verordnet, so soll z.B. bei der Polizeiorganisation der Verwaltungsaufwand um 25 % (!) reduziert werden.
- Getroffen wird, und hier zeigt sich der auch angebotspolitische Unsinn der Stoiber-Pläne, auch der Bildungsbereich. Die gymnasiale Schulzeit soll beispielsweise auf acht Jahre verkürzt werden, hoffnungslos überforderte Hochschulen müssen auf weitere Teile ihrer Etats verzichten und nach Ermöglichung durch das Bundesverfassungsgericht sollen die Studierenden über Studiengebühren - Goppel sprach zuletzt von 600 Euro pro Semester - die von Stoiber aufgerissenen Löcher in den Hochschulhaushalten wieder stopfen.

IV. Staatsfinanzen stärken – Lebensqualität sichern

Statt auf die – vor allem konjunkturell bedingte – Einnahmesituation mit blindem Sparen zu reagieren, Nachfrageausfälle zu produzieren, die Angebotsbedingungen zu verschlechtern und damit geringeres Wirtschaftswachstum, niedrigere Steuereinnahmen und weitere Haushaltslöcher verantworten zu müssen, ist auf die Krise der öffentlichen Haushalte, die, nachdem das Tafelsilber verschleudert wurde, auch in Bayern durchschlägt, konjunkturpolitisch verantwortungsvoll (antizyklisch) zu reagieren und die Finanzierung des Gemeinwesens dauerhaft zu stärken. Nur so kann Lebensqualität in Bayern heute und für zukünftige Generationen gesichert werden. Stoibers Spardiktat ist das Gegenteil von verantwortungsbewusster Haushaltspolitik: Eine mögliche konjunkturelle Erholung wird durch die Staatsregierung schon im Keim erstickt.

Im Einzelnen schlagen wir vor:

Sparvolumen blieb fast unverändert (es sinkt von 2,5 auf 2,44 Mrd. Euro), lediglich einige Schwerpunkte wurden anders gesetzt.

Inzwischen hat das Finanzministerium den Entwurf für den Nachtragshaushalt in den Landtag eingebracht.¹

Insgesamt sollen gegenüber der ursprünglichen Planung im Jahr 2004 2,07 Mrd. Euro gekürzt werden. Davon sollen 1,66 Mrd. bei den einzelnen Ministerien gekürzt werden, 0,41 Mrd. sind Globaleinsparungen, z.B. die Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für die Beamten. Ein Konsolidierungsbetrag von 2,44 Mrd. ergibt sich, weil 0,37 Mrd. Mehreinnahmen durch die Steueramnestie erwartet werden.

Für die einzelnen Ministerien sind Sparquoten von 1,7% (Unterricht und Kultus) bis 15% (Wirtschaft, Verkehr und Technologie) vorgesehen.

Obwohl 2,07 Mrd gekürzt werden, sinken die Ausgaben nur um ca. 1 Mrd. Euro. Dies hat zwei Ursachen.

- Zum einen gibt es im Haushalt jedes Jahr zwangsläufige Steigerungen auf der Ausgabenseite, die tatsächlich erbrachte Ausgabekürzungen im Ergebnis teilweise kompensieren. Einsparungen an der einen Stelle werden durch Ausgabesteigerungen an anderer Stelle „optisch aufgefressen“. Beispiel hierfür ist der um 140 Mio. Euro gestiegene Zuschuß an die Bezirke für Sozialhilfeausgaben. Wenn man diese Erhöhungen der Ausgaben an anderer Stelle im Haushalt in voller Höhe einspart, erreicht man zwar echte Ausgabekürzungen, das Haushaltsvolumen selbst bleibt aber gleich.
- Zum anderen tragen zum Konsolidierungsvolumen von 2,44 Mrd. auch Verbesserungen auf der Einnahmenseite bei. So wird zum Beispiel der Fonds, aus dem der Bayerische Meisterpreis gespeist wurde, aufgelöst; die Mittel in Höhe von rd. 80 Mio. werden zur Abdeckung der Steuerausfälle verwendet. Sie fließen der Einnahmenseite des Haushalts zu und erhöhen damit insgesamt das Haushaltsvolumen.

Daten Nachtragshaushalt 2004

zusammengestellt von André Pöhler

1. Wieviel wird gespart?

- **Konsolidierungsvolumen 2,44 Mrd.**
 - 1,66 Mrd. Einzelressorts
 - 0,41 Mrd. Globaleinsparungen, z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, Arbeitszeit
 - 0,37 Mrd. Mehreinnahmen aus Steueramnestie
- **Haushaltsvolumen sinkt nur um ca. 1 Mrd.**
 - in Teilbereichen höhere Ausgaben, z.B. Zuschüsse für Sozialhilfe
 - Verbesserung Einnahmeseite, z.B. Auflösung Fonds für Meisterförderung

2. Daten Haushalt

- **Haushaltsvolumen (in Mrd. Euro)**

	2003	2004 bisher	2004 neu	Änderung
formal	35,29	34,94	34,05	-0,9

¹ Der Haushalt wird immer als Doppelhaushalt, d.h. für zwei Jahre beschlossen. Der Doppelhaushalt, der die Jahre 2003/2004 umfasst, wurde bereits Ende 2002 beschlossen. Daher muss für Änderungen im Jahr 2004 ein Nachtragshaushalt beschlossen werden.

Epl. 03A – Innen	
- Bau und Bauunterhalt	28,8
- IuK (Informations- und Telekommunikationstechnik)	12,2
- Sachinvestitionen (inkl. IuK) Polizei	25,2
- Kostenerstattung Rettungsdienst	5,0
Epl. 03B – Oberste Baubehörde	
- sozialer Wohnungsbau (Abwicklung)	44,2
- sozialer Wohnungsbau (Neubewilligungen)	40,5
- Städtebau	21,9
- Wohnungsmodernisierung	8,9
- Straßenbau	6,0
Epl. 05 – Kultus	
- Zuschüsse Privatschulen	42,9
- Sportförderung für Vereine	6,3
- Jugendarbeit	3,8
- Erwachsenenbildung	3,0
Epl. 07 – Wirtschaft	
- regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung	41,1
- Schienenpersonennahverkehr	20,8
- ÖPNV	28,0
Epl. 10 – Arbeit	
- Landeserziehungsgeld	36,5
- Landesblindengeld	11,3
- Asylbewerber	59,4
Epl. 12 - Umwelt	
- Verbraucherschutz (u.a. BSE-Tests, Lebensmittelkontrolle)	19,1
- Förderung Wasserversorgung	34,7
- Förderung Abwasseranlagen	138,4
- Naturschutzförderung	7,0
- Tierseuchenbekämpfung	6,6
Epl. 13 – Allgem. Finanzverwaltung	
- kommunaler Finanzausgleich	309
Kürzungen der Zuschüsse für Straßenbau, Kindergärten, Schülerbeförderung, ÖPNV, Schulbau, Krankenhäuser	
Epl. 15 – Wissenschaft	
- Hochschulbau	68,0
- Stellenkürzungen (ca. 300)	13,7
- Verwaltungsgebühren	22,83
- Lehre und Forschung	21,7

(...)

4 Entwicklungstendenzen im bayerischen Landeshaushalt

Zwar ist auch Bayern von der zähen wirtschaftlichen Stagnation in den letzten Jahren nicht verschont geblieben. Dennoch verlief die Entwicklung besser als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.⁵ Während sich im Zeitraum 1995 bis 2002 das nominale Bruttoinlandsprodukt der westdeutschen Flächenländer - bezogen auf die Zahl der Einwohner - um 15 % erhöhte, belief sich der Zuwachs in Bayern auf 20 % (Abbildung 1). Auch die Pro-Kopf-Einnahmen im bayerischen Landeshaushalt entwickelten sich besser als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer; sie sind per Saldo um 10 % gestiegen, während sich für die Flächenländer nur ein Plus von 5 % errechnet. Dies lag vor allem an den Steuereinnahmen, obwohl ein gewichtiger Teil der wachstumsbedingten Mehreinnahmen über den Länderfinanzausgleich abgeschöpft wird.

Infolge des hohen Anteils der Länder an den sog. Gemeinschaftssteuern hatten die Länder etwa in gleichem Maße wie der Bund steuerreform- und konjunkturbedingte Steuerausfälle zu verkraften. Im Zuge der konjunkturellen Erholung in den Jahren 1998 bis 2000 waren die Steuereinnahmen der Länder wieder kräftiger expandiert, in Bayern noch etwas stärker als im Durchschnitt der anderen Länder. Im Jahre 2001 war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ins Stocken geraten. Dies und die Steuerreform - Reform der Unternehmenssteuer und erste Stufe der dreistufigen Einkommensteuerreform - zogen gewaltige, in dieser Höhe aber völlig unerwartete Steuerausfälle nach sich. Davon betroffen war auch der bayerische Landeshaushalt, doch fiel der Rückgang etwas schwächer als im Durchschnitt aus. Dennoch lagen die Steuereinnahmen im Jahre 2002 um fast 7 % unter dem Niveau von 2000. Einen solch starken Einbruch des Steueraufkommens hatte es bis dahin noch nicht gegeben.

(...)

Für 2003 zeichnet sich in Bayern ein weiterer Rückgang bei den Steuereinnahmen ab. Die bis zum November gebuchten Steuereinnahmen bleiben um fast 2 % hinter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück, und auch die übrigen Einnahmen liegen geringfügig unter dem Ergebnis des Vorjahrs.

Im Gegensatz zu den Einnahmen entwickelten sich die Ausgaben des bayerischen Landeshaushalts moderat und weitgehend parallel zu den Ausgaben der westdeutschen Flächenländer. Rund 40 % aller Ausgaben sind Personalausgaben; sie sind seit 2000 in Bayern - bei insgesamt sehr mäßiger Expansion - etwas rascher als im westdeutschen Durchschnitt gestiegen. In Bayern ist weniger Personal als in den westdeutschen Flächenländern abgebaut worden: Während sich in den anderen Ländern der Personalstand in den Jahren 2000 bis 2002 von 19,1 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner auf 16,4 verringert hatte, reduzierte sich in Bayern die Relation nur von 19,4 auf 19,0.

Bei den Sachinvestitionen sind die Entwicklungsunterschiede sehr viel ausgeprägter. Sie wurden in den Jahren 1995 bis 1998 sehr stark ausgeweitet und sind seitdem etwas rückläufig, aber noch immer um knapp ein Fünftel höher als im Ausgangsjahr 1995. Die westdeutschen Flächenländer hatten ihre Sachinvestitionen bis zum Jahr 2000 um fast 10 % angehoben, doch dann stark gekürzt, so dass sie unter das Ausgangsniveau gefallen sind. Die vergleichsweise äußerst positive Entwicklung der investiven Ausgaben in Bayern ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Freistaat sich in den 90er Jahren von zahlreichen Beteiligungen an Unternehmen getrennt und diese Mittel für investive Zwecke - teils mittelbar, teils unmittelbar - eingesetzt hat. Auch die laufenden Zuweisungen für die Gemeinden wurden in Bayern stärker als im westdeutschen Durchschnitt angehoben, die investiven Zuschüsse sind parallel verlaufen.

(...)

Im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Länder beschäftigt das Land Bayern mehr Personal. Folgt man den Ergebnissen der Personalstandsstatistik, so waren im Jahre 2002 in Bayern 19,0 Beschäftigte (auf Vollzeit umgerechnet) im Landesdienst tätig, in den Flächenländern waren es 18,4. Unterschiede zeigen sich in den Allgemeinen Diensten, an den Hochschulen und im Verkehrssektor, in denen der Personalstand Bayerns höher ist, sowie im schulischen Bereich, in dem deutlich weniger Personal als im Länderdurchschnitt eingesetzt wird. Allerdings bieten diese Relationen nur sehr grobe Informationen, und es macht keinen Sinn, das Personal der Schulen oder Hochschulen auf die Zahl der Einwohner zu beziehen. Hier sollten die spezifischen Bedarfsträger wie Schüler und Studenten herangezogen werden.

Im kosten- und personalintensiven *Schulbereich* eignen sich für einen Vergleich die erteilten Wochenunterrichtsstunden je Schüler nach Schularten bzw. die Schüler je Lehrer (Vollzeitäquivalent). Durch die Schüler-Lehrer-Relation werden eher kostenorientierte Überlegungen zum Ausdruck gebracht, während im anderen Falle der Versorgungsaspekt im Mittelpunkt steht. In der Summe werden in Bayern Schülern gleich viele Unterrichtsstunden erteilt wie im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Rein quantitativ gesehen ist die Versorgung in Baden-Württemberg deutlich besser, in Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man, wenn man die Schüler-Lehrer-Relationen betrachtet, oder auch, wenn man zwischen beruflichen Schulen und allgemein bildenden Schulen differenziert.

An den bayerischen Hochschulen ist die Betreuungssituation - sowohl bezogen auf das wissenschaftliche als auch auf das sonstige Personal - günstiger als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Auch im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen und Hessen ergeben sich günstigere Werte, während das Land gegenüber Baden-Württemberg schlechter dasteht. Für die finanzielle Belastung des Landeshaushalts ist auch die Studentendichte (Studenten je 1 000 Einwohner) aussagekräftig. Sie war 2002 in Bayern mit 1,87 mit Abstand am niedrigsten und lag weit unter dem Durchschnitt (2,3). Anhand der Kennziffer Grundmittel je Student kann eine Aussage darüber getroffen werden, wie viele Grundmittel je Studierenden der Hochschulträger den Hochschulen für Lehre und Forschung zur Verfügung stellt. Die Unterschiede werden zu einem erheblichen Teil von dem Gewicht bestimmt, das betreuungsintensive Studienfächer an den jeweiligen Hochschulen haben. So verursacht ein Studierender in der Humanmedizin etwa 28 100 Euro an laufenden Ausgaben pro Jahr, während bei den Rechts- und Sozialwissenschaftlern lediglich 2 100 Euro zu Buche stehen. Bei der Relation Grundmittel je Studierenden lag Bayern im Jahre 2002 mit 10 015 Euro deutlich über dem Durchschnitt:

Bayern	10.015 Euro
Baden-Württemberg	10.874 Euro
Hessen	7.730 Euro
Nordrhein-Westfalen	7.139 Euro
Westdeutsche Flächenländer	8.661 Euro

6 Die Sparbeschlüsse der bayerischen Staatsregierung,

auch die Schulen – nicht mehr das Ziel verfolgen, Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und ihnen die Fähigkeit an die Hand zu geben, sich kritisch mit der Umwelt und den gesellschaftlichen Bedingungen auseinanderzusetzen, sondern nur noch ökonomisch rentable Berufsausbildung betreiben. Jeglicher emanzipatorische Bildungsansatz geht also verloren. Die Ankündigung, den Hochschulen in Zukunft mehr Geld zur Verfügung stellen zu wollen, ist dabei nicht zuletzt als Mittel der Disziplinierung gedacht: Goppel verknüpft die Ankündigung mit der Bedingung, dass die Hochschulen – und auch die Studierenden – ihren Widerstand gegen die jetzigen Kürzungen und den Umbau der Hochschulen aufgeben. „Die Landtagsmehrheit werde [...] Bestandsgarantien für die Hochschulen nur verankern, wenn die Hochschulen mitziehen“, so Goppel in der WamS.

Die aktuellen Kürzungen an den Hochschulen sind im Übrigen massiver als von der CSU behauptet. Das Finanzministerium hat nämlich die Verwaltungsgebühren, die ab dem Wintersemester 2004/05 erhoben werden sollen, schon für das Sommersemester 2004 in den Haushaltsplan eingestellt. Die Einnahmen aus der Verwaltungsgebühr sind also doppelt so hoch im Nachtragshaushalt angesetzt wie sie tatsächlich zustande kommen werden. Fallen die Einnahmen aus der Verwaltungsgebühr aber geringer aus als geplant, wird dies den Hochschulen von ihrem Etat abgezogen. An den Hochschulen werden also 11 Millionen Euro mehr gestrichen als angekündigt. Das bedeutet, dass an den Hochschulen ca. 200 Stellen zusätzlich abgebaut werden – die Hälfte dessen, was durch die Verwaltungsgebühr angeblich gerettet wurde.

Die angekündigten Etaterhöhungen sind also nichts anderes als Mogelpackungen. Der Abbau an den Hochschulen wird vielmehr noch stärker betrieben als befürchtet.